

Der Tuareg-Konflikt ist viel komplexer, als es sich gelegentliche Beobachter vorstellen können

ANDREW KORYBKO

29. JULI

Bild

Der Konflikt ist ein komplexer, vielseitiger Konflikt, in dem der Westen, religiöse Extremisten und Algerien ein gemeinsames Interesse daran haben, dass die malische Regierung die Macht in den von Tuareg bewohnten Gebieten sinnvoll dezentralisiert (wobei jeder unterschiedliche Ziele verfolgt), während Bamako und Moskau einen zentralisierten Staat unterstützen.

Der verheerende Hinterhalt, den Tuareg-Separatisten an diesem Wochenende in Nordmali auf die umbenannten Wagner-Truppen verübt haben sollen, hat diesen ethnisch-nationalen Konflikt in den Vordergrund der russischen Aufmerksamkeit gerückt. Moskau hat im Rahmen seiner Bemühungen um "demokratische Sicherheit" PMCs nach Mali entsandt, um die Zentralregierung dabei zu unterstützen, ihr nationales Demokratiemodell vor den Bedrohungen des Hybriden Krieges zu schützen, auch vor solchen, die von außen kommen. Bislang wurde der Konflikt vereinfacht als westlich-russischer Stellvertreterkrieg im Neuen Kalten Krieg dargestellt.

Die jüngste Entwicklung könnte jedoch zu einem grundlegenden Überdenken seiner Ursprünge und seiner Lösung führen, da den politischen Entscheidungsträgern klar werden sollte, dass alles viel komplizierter ist, als sie dachten. Mali ist der Kern der neu gebildeten Sahel-Allianz/Föderation mit den Nachbarländern Burkina Faso und Niger, die als Katalysator für regionale multipolare Prozesse gilt. Russland hat ein geostrategisches Interesse daran, seine Mitglieder im Kampf gegen separatistische (Tuareg) und terroristische (radikal-religiöse) Bedrohungen zu unterstützen.

Das Problem ist jedoch, dass diese beiden Interessen erneut zu konvergieren drohen, so wie kurz nach dem Krieg der NATO gegen Libyen, der zu einer groß angelegten, aber letztlich gescheiterten französischen Intervention von 2013 bis 2022 führte. Der Auslöser für die jüngste Runde dieses jahrzehntelangen Konflikts ist die Aufkündigung des Algier-Abkommens von 2015 für eine Teilautonomie der Tuareg durch die Zentralregierung Anfang Januar, das von dem algerischen Partner dieser traditionell nomadischen Gruppe vermittelt wurde.

Der Auslöser für diese Entscheidung war die Unterstützung der malischen Streitkräfte durch russische PMCs bei der Rückeroberung der Tuareg-Hochburg Kidal Ende letzten Jahres, was in den Reihen der Separatisten Panik auslöste und zu Treffen mit Algerien führte, die Bamako als inakzeptable Einmischung in seine inneren Angelegenheiten betrachtete. Zuvor hatte Russland den Verdacht

geäußert, dass die Separatisten wieder einmal mit religiösen Extremisten zusammenarbeiten und mit dem Westen konspirieren, und nun sind neue Beweise aufgetaucht, die darauf hindeuten, dass auch Kiew involviert sein könnte.

In diesen Wahrnehmungen fehlte die Rolle, die Algerien bei der Bereitstellung eines gewissen Maßes an Hilfe für seine Tuareg-Partner spielen könnte, die es als Mittel zur Aufrechterhaltung seines Einflusses in Mali und zur Kontrolle der dortigen Situation betrachtet, damit diese nicht zu einem Übergreifen des Separatismus auf seine eigenen Grenzen führt. Algerien ist ebenso wie Mali ein enger Partner Russlands, aber die Interessen Algeriens weichen in diesem Fall von denen Moskaus und Bamakos ab, was aber nicht heißen soll, dass es mit dem Westen/Kiew oder religiösen Extremisten gemeinsame Sache macht.

Vielmehr handelt es sich um einen komplexen, vielschichtigen Konflikt, bei dem der Westen, religiöse Extremisten und Algerien ein gemeinsames Interesse daran haben, dass die malische Regierung die Macht in den von Tuareg bewohnten Gebieten sinnvoll dezentralisiert (und dabei jeweils unterschiedliche Ziele verfolgt), während Bamako und Moskau einen zentralisierten Staat unterstützen. Die folgenden vier Nachrichten werfen mehr Licht auf das algerisch-malische Sicherheitsdilemma, das im Verlauf des jüngsten Tuareg-Konflikts wieder aufgetaucht ist:

* 22. Dezember 2023: "Spannungen zwischen Algerien und Mali, Botschafter einbestellt"

* 27. Januar 2024: "Algerien drückt Besorgnis aus, nachdem Mali das 'Versöhnungsabkommen' ausgesetzt hat"

* 12. Februar 2024: "Algerien-Mali-Spannungen: Langer Sturm der Instabilität im afrikanischen Sahel"

* 2. Juli 2024: "Russland muss sich zwischen Algerien und Mali entscheiden"

Wie aus dem letztgenannten Artikel hervorgeht, befindet sich Russland nun in dem Dilemma, ob es die von Algerien angestrebte Dezentralisierung Malis unterstützen soll, indem es versucht, den politischen Prozess in dieser Richtung wiederzubeleben, oder ob es die von Mali angestrebte Zentralisierung unterstützen soll, indem es seine PMC-gesteuerte militärische Unterstützung für Bamako verdoppelt. Im ersten Fall besteht die Gefahr, dass innerhalb der neu gebildeten Sahel-Allianz/Föderation Misstrauen entsteht, während im zweiten Fall die Gefahr besteht, dass Algerien in dieser Frage mit dem Westen zusammenarbeitet, wenn Russland gegen seine Interessen handelt.

Das algerische Militär ist von russischen Lieferungen abhängig, und die Beziehungen zum Westen sind kompliziert, aber Moskau wird seine Waffenexporte nach Algier möglicherweise nicht aus Rache einschränken, da

dies seine anderen Partner abschrecken könnte, während der Westen jede Zusammenarbeit als Grundlage für eine Neuordnung seiner Beziehungen nutzen könnte. Auch die Sahel-Allianz/Föderation befindet sich in einer ähnlichen Situation (wenngleich sie von französischen auf russische Waffen umsteigt), und ihr malischer Kern könnte russische PMCs gegen türkische austauschen, wenn Moskau auf Friedensgespräche drängt.

Die Dezentralisierung von Teilen Nordmalis, indem den Tuareg zumindest die versprochene Teilautonomie zugestanden wird, wird von Algier als der effektivste Weg angesehen, um diesen jahrzehntelangen Konflikt zu bewältigen und seine Wiederholung zu verhindern, die immer Gefahr läuft, außer Kontrolle zu geraten und auf die eigenen Grenzen überzugreifen. Ebenso sieht das revolutionäre Bamako in der Wiederherstellung der Herrschaft des Zentralstaates über den Norden die einzige Möglichkeit, den Westen daran zu hindern, seine neue Regierung stellvertretend zu destabilisieren, womit Moskau einverstanden ist.

Beide Seiten haben legitime, aber widersprüchliche Interessen, und das Vertrauensdefizit erschwert jeden Kompromiss. Keine der beiden Seiten will zum politischen Dialog zurückkehren, da sie davon überzeugt sind, dass sie mehr erreichen können, einschließlich eines maximalen Sieges, wenn sie weiter kämpfen. Die Ursprünge und die soziopolitische Dynamik des Tuareg-Konflikts ähneln jedoch stark dem irakischen und dem syrischen Kurdenkonflikt, für die es keine militärische Lösung gibt. Der Irak hat den Tuareg vor langer Zeit Autonomie gewährt, und Syrien könnte bald keine andere Wahl haben, als diesem Beispiel zu folgen.

Jeder dieser Separatistenkonflikte wird dadurch ausgelöst, dass die jeweilige ethnisch-nationale Gruppe ihren Status als Bürger zweiter Klasse in dem jeweiligen Staat, in dem sie lebt, wahrnimmt, und eine gewaltsame Zentralisierung hat immer zu einer weiteren Runde der Rebellion geführt, auch wenn es einige Zeit dauert, bis sie sich manifestiert. Darüber hinaus schaffen die daraus resultierenden Reibungen zwischen Separatisten und Staaten für Dritte wie den Westen und religiöse Extremisten Möglichkeiten, die es sonst nicht gegeben hätte, wenn diese Konflikte vor langer Zeit gelöst worden wären.

Dieser Kreislauf trägt zu einer andauernden Instabilität bei, die dann von staatlichen (dem Westen) und nichtstaatlichen (religiösen Extremisten) Akteuren ausgenutzt wird, um zu spalten und zu herrschen. Weder die syrischen Kurden noch die Tuareg werden von den Staaten, in denen sie leben, für sich gewonnen werden können, wenn sie nicht über eine gewisse verfassungsmäßig garantierte Autonomie verfügen. Russland täte daher gut daran, sich Gedanken darüber zu machen, wie es militärische und politische Mittel zur Lösung dieses Konflikts miteinander verbinden kann, sonst läuft es Gefahr, sich in einem Sumpf zu verfangen.

© 2024 Andrew Korybko

548 Market Street PMB 72296, San Francisco, CA 94104

+++

The Tuareg Conflict Is Much More Complex Than Casual Observers Might Imagine

ANDREW KORYBKO



The conflict is a complex multi-sided one wherein the West, religious extremists, and Algeria have shared interests in the Malian government meaningfully decentralizing power to Tuareg-inhabited areas (each in pursuit of different ends), while Bamako and Moscow support a centralized state.

This weekend's [reportedly devastating ambush](#) of rebranded Wagner in Northern Mali by [Tuareg](#) separatists brought this ethno-national conflict to the forefront of Russia's attention. Moscow dispatched PMCs to Mali as part of its "[Democratic Security](#)" efforts to help the central government protect its national model of democracy from [Hybrid War](#) threats, including those that are externally exacerbated. The conflict was hitherto simplified as a Western-

Russian proxy war in the [New Cold War](#).

The latest development might prompt a fundamental rethinking of its origins and solution, however, since it should become clear to policymakers that everything is much more complicated than they thought. Mali is the core of the newly formed Sahelian [Alliance/Confederation](#) with neighboring Burkina Faso and Niger, which is considered the catalyst of regional multipolar processes. Russia has geostrategic interests in helping its members fight against separatist (Tuareg) and terrorist (radical religious) threats.

The problem though is that these two risk once again converging just like they did shortly after NATO's War on Libya, which resulted in a large-scale but ultimately failed French intervention from 2013-2022. The trigger for the latest round of this decades-long on-and-off conflict is the central government scrapping the [2015 Algiers Agreement](#) for partial Tuareg autonomy in early January that was mediated by this traditionally nomadic group's Algerian partner.

The lead-up to that decision was Russian PMCs [helping](#) Malian forces [retake](#) the Tuaregs' regional stronghold of [Kidal](#) late last year, which caused panic in the separatists' ranks and led to them holding meetings with Algeria that Bamako considered to be an unacceptable intervention in its domestic affairs. Prior to that, Russia suspected that the separatists were once again cavorting with religious extremists and colluding with the West, and [new evidence](#) has emerged [suggesting](#) that [Kiev](#) might be involved too.

Absent from these perceptions was the role that Algeria might be playing in providing some level of aid to its Tuareg partners, which it considers to be a means for maintaining influence in Mali and controlling the situation there so that it doesn't lead to separatism spilling over into its own borders. Algeria is also a close Russian partner just like Mali is, but Algiers' interests diverge from Moscow's and Bamako's in this case, though that's not to imply that it's colluding with the West/Kiev or religious extremists.

Rather, the conflict is a complex multi-sided one wherein the West, religious extremists, and Algeria have shared interests in the Malian government meaningfully decentralizing power to Tuareg-inhabited areas (each in pursuit of different ends), while Bamako and Moscow support a centralized state. The following four news items shed more light on the Algerian-Malian security dilemma that's recently re-emerged throughout the course of the latest Tuareg Conflict:

* 22 December 2023: "[Tensions between Algeria and Mali, ambassadors summoned](#)"

* 27 January 2024: "[Algeria Expresses Concerns After Mali Suspends](#)

'Reconciliation Agreement''

* 12 February 2024: "[Algeria-Mali tensions: Long storm to instability in African Sahel](#)"

* 2 July 2024: "[Russia will have to choose between Algeria and Mali](#)"

As can be seen from the last one, Russia is now being thrown into its own dilemma over whether to support Algeria's desired decentralization of Mali by attempting to revive the political process in that direction or Mali's desired centralization by doubling down on its PMC-driven military support for Bamako. The first risks creating distrust within the newly formed Sahelian Alliance/Confederation while the second risks Algeria working together with the West on this issue if Russia goes against its interests.

Algeria's military is dependent on Russian supplies, and relations with the West are complicated, but Moscow might not curtail its arms exports to Algiers as revenge since that could scare its other partners away while the West might use any cooperation as the basis for resetting their ties. Similarly, the Sahelian Alliance/Confederation is in a similar boat (albeit transiting from French arms to Russian ones), and its Malian core could swap Russian PMCs out for [Turkish ones](#) if Moscow pushes for peace talks.

Decentralizing parts of Northern Mali by giving the Tuaregs at least their previously promised partial autonomy is seen by Algiers as the most effective way of managing this decades-long conflict and preventing its recurrences that always risk spiraling out of control and spilling over into its borders. Likewise, restoring the centralized state's writ over the north is seen by revolutionary Bamako as the only way of preventing the West from destabilizing its new government by proxy, which Moscow agrees with.

Each side has legitimate but contradictory interests, and the trust deficit impedes any compromise. Neither wants to return to political dialogue since they're convinced that they can gain more, including maximum victory, by continuing to fight. The origins and socio-political dynamics of the Tuareg Conflict closely resemble the Iraqi and Syrian Kurdish Conflicts, however, to which there isn't a military solution. Iraq granted them autonomy long ago while Syria [might soon have no choice](#) but to follow suit.

Each of these separatist conflicts is driven by their ethno-national group's perceived status as second-class citizens in the respective states that they inhabit, and forcible centralization has always led to another round of rebellion, even if it takes time to manifest. Furthermore, the resultant separatist-state friction creates openings for third parties like the West and religious extremists to exploit, which wouldn't have otherwise been available had these conflicts been resolved long ago.

This cycle contributes to perennial instability that's then taken advantage of by state (the West) and non-state (religious extremists) actors for divide-and-rule purposes. Neither the Syrian Kurds nor the Tuaregs are going to have their hearts and minds won over by the states in which they inhabit without some form of constitutionally guaranteed autonomy. Accordingly, Russia would do well to think about how it could pair military and political means for resolving this conflict, or it risks getting caught in a quagmire.

© 2024 Andrew Korybko
548 Market Street PMB 72296, San Francisco, CA 94104